

Europa wird östlicher, aber nicht weiblicher

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union trafen sich am 30. August in Brüssel zu einem Sondergipfel um über die zukünftige Führung der Union zu entscheiden. Ferner standen die außenpolitischen Krisen in der Ukraine, im Irak, in Gaza und in Libyen auf der Tagesordnung.

Van Rompuy-Nachfolge steht fest: Donald Tusk, „Statesman“ for Europe.

Donald Tusk, Ministerpräsident der Republik Polen und der EVP zugehörig, wurde vom Europäischen Rat zum Nachfolger Herman van Rompuys gewählt. Vom 01. Dezember 2014 bis zum 31. Mai 2017 wird er nun als Ratspräsident den Sitzungen des Europäischen Rates vorsitzen und versuchen Konsens zwischen den einzelnen Staats- und Regierungschefs zu erlangen. Ferner vertritt er die EU nach außen, insbesondere in Fragen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Das Mandat von zweieinhalb Jahren kann einmal erneuert werden.

Zudem ist Tusk im selben Zeitraum Präsident des Euro-Gipfels auf der Grundlage des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion.

Herman van Rompuy bezeichnete seinen Nachfolger in der sich dem Rat anschließenden Pressekonferenz als „Statesman for Europe“. Geprägt durch seinen politischen Werdegang hätte der erfahrene Ministerpräsident, der bereits seit 2007 dem Europäischen Rat angehört, sich bewährt und Polen ohne Rezession durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geführt.

Als Prioritäten für die zukünftige Arbeit Tusks nannte Van Rompuy die Situation in der Ukraine, die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den Verbleib

Großbritanniens in der EU. Unterstützung erhielt Tusk vom britischen Premier David Cameron, der sich bereits vor dem Gipfel deutlich für Tusk als zukünftigen Ratspräsidenten ausgesprochen hatte. Ein Novum: Mit Tusk führt ein Vertreter eines Landes den Europäischen Rat an, dessen Währung nicht der Euro ist. Einige Staats- und Regierungschefs hatten im Vorfeld geäußert, dass es ihnen wichtig wäre, dass die Europäische Union nicht in zwei Lager zerfiele: einen Teil, der den Euro als Währung führt und einen zweiten Teil, der die restlichen EU-Mitgliedsstaaten umfasst. Die Länder der ersten EU-Osterweiterung hatten einen der ‚Topjobs‘ für sich eingefordert. Den erhielten sie nun.

Federica Mogherini – eine neue Ashton?

Parteilich und Geschlecht teilen sich die noch amtierende Hohe Außenvertreterin Catherine Ashton und die am 30. August nominierte Nachfolgerin, die italienische Außenministerin Federica Mogherini: Beide gehören der Parteienfamilie der S&D an und erfüllen mit ihrem Geschlecht ein Kriterium, das der künftigen Juncker-Kommission zur Auflage gemacht wurde. Das Europäische Parlament fordert zumindest so viele weibliche Kommissare wie bislang. Der Posten der Hohen Außenvertreterin ist an das Amt des stellvertretenden Vorsitzes der Europäischen Kommission gebunden. Die Rolle der Hohen Außenvertreterin umfasst den Vorsitz bei Außenministertreffen, die Koordinierung der GSVP und die Weiterentwicklung der dazugehörigen Strategie. In der Vergangenheit wurde immer wieder bemängelt, dass das Amt nicht viel zählte, da die Außenpolitik nach wie vor stark von den einzelnen Mitgliedsstaaten bestimmt würde. Dem entgegenen Beobachter, dass Catherine Ashton eine wichtige Rolle als Mediatorin gespielt hätte. Mogherini selbst gestand ihre Unerfahrenheit als Außenministerin ein,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

EVA MAJEWSKI

ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

August 2014

wies jedoch auf ihre Erfahrungen in der Gremienarbeit und als Parlamentarierin in Italien hin.

Im Vorfeld war Mogherini insbesondere von Ländern Osteuropas und des Baltikums in ihrem Bestreben um das Amt der Hohen Außenvertreterin blockiert worden. Diese Länder warfen ihr Unerfahrenheit und eine zu sanfte Linie gegenüber Russland vor. Juncker selbst hatte sich eine erfahrene Person für diese Position gewünscht.

Weiterer Fahrplan

Nach der Ernennung Tusks und Mogherinis wird erwartet, dass der designierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sein Personaltableau sowie die genauen Portfolios für die neue Europäische Kommission am 09. oder 10. September vorstellt. Sofern das Europäische Parlament die Kommission nach Anhörung als solche bestätigt, könnte sie die Arbeit planmäßig am 01. November aufnehmen. Tusk wird unabhängig davon am 01. Dezember zum Ratspräsidenten ernannt.

Hintergrund und Kommentar

Leicht war es nicht, Tusk und Mogherini zu küren. Die beiden Posten bilden den Grundstein der Vergabe der weiteren Kommissionsämter. So zirkulierten zwar die Namen Tusks und Mogherinis mit weiteren bereits beim vorherigen Gipfel am 16. Juli; Einigkeit unter den Staats- und Regierungschefs herzustellen, ähnelte jedoch einer Herkulesaufgabe.

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hatte bereits im Juli versucht Tusk dazu zu bewegen, als Ratspräsident zu kandidieren. Dieser ließ sich zwar auf die Diskussion ein, verwies aber auch auf die schwer einzuschätzende Lage in der Ukraine, die Schlüsselposition Polens in dem Konflikt und die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr. Diese würden es ihm erschweren vorzeitig von seinem Amt als Ministerpräsident zurückzutreten. Merkel hoffte auf Tusk, da dieser die Unerfahrenheit Mogherinis ausbalancieren könnte.

Der italienische Premier Matteo Renzi nominierte Federica Mogherini frühzeitig offiziell

für das Amt der Hohen Außenvertreterin und suchte Verbündete. Einen solchen fand er z. B. in Frankreichs Präsident Francois Hollande. Frankreich versucht derzeit mit allen Mitteln, die Stabilitätskriterien aufzuweichen. Bei der Entscheidung der Kommission über die Einleitung von Defizitverfahren und korrektiven Maßnahmen spielt der zuständige Kommissar eine entscheidende Rolle. Die Regierung Hollande nominierte Pierre Moscovici als Kommissar und visiert das Wirtschafts- und Währungsportfolio an. Beobachter gehen von einer Absprache der beiden Sozialisten Renzi und Hollande aus: Sie stützen gegenseitig ihr Kandidaten. Da nun die Ratspräsidentschaft an einen Vertreter der EVP vergeben wurde, ist es für die Sozialisten leichter, sich für Moscovici einzusetzen. Dieser hatte in den vergangenen Wochen stark für sich und seine Positionen geworben.

Auch hatte Juncker sich dahingehend geäußert, dass das Portfolio für Wirtschaft und Währung an die S&D gehen könnte.

Vor dem Europäischen Rat konnten sich die Sozialisten auf den Verzicht auf den Ratsvorsitz verständigen. Sie wollen sich auf die Benennung Federica Mogherinis zur Hohen Außenvertreterin und die Besetzung weiterer entscheidender Portfolios konzentrieren. Es führte dazu, dass auch Cameron den polnischen Ministerpräsidenten unterstützte. Zuvor hatte Cameron auf Helle Thorning-Schmidt, die sozialistische Regierungschefin Dänemarks, gesetzt. Diese nominierte mit Margrethe Vestager die dänische Ministerin für Wirtschaft und Inneres und kann nun auf ein wichtiges Portfolio in der Juncker-Kommission hoffen. Juncker steht nach wie vor unter Druck, eine möglichst ‚ausbalancierte‘ Kommission zu berufen: Während in der amtierenden Europäischen Kommission neun Frauen sind, hatten nur sechs Mitgliedsstaaten Frauen nominiert (Italien, Tschechien, Bulgarien, Schweden, Dänemark, Slowenien). Um Länder zu bewegen, auch Frauen zu benennen, stellte Juncker klar, er werde Frauen verstärkt wichtige Portfolios zuweisen oder den Stellvertretenden Kommissionsvorsitz anbieten.

Das letzte Urteil fällt das Europäische Parlament: dieses nimmt den Vorschlag zur Besetzung der Kommission als Ganzes an –

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
EVA MAJEWSKI
ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

August 2014

oder lehnt diesen Vorschlag ab. Würde Letzteres passieren, so kann die Kommission die Arbeit nicht am 01. November d.J. aufnehmen. Auch wenn Sorgfalt vor Eile kommt: Ein verspäteter Start sollte tunlichst vermieden werden.

Zur Person:

Donald Tusk

Der aus Danzig stammende Historiker Donald Tusk (*1957) ist seit November 2007 Ministerpräsident der Republik Polen. Tusk war Mitbegründer des Studentischen Komitees der Solidarność-Bewegung und des Unabhängigen Studentenverbands in Danzig, kooperierte mit der oppositionellen Freien Gewerkschaft der Küstenregion und war Journalist für das von der Gewerkschaft herausgegebene wöchentliche Magazin. Er arbeitete sieben Jahre lang in der „Światlik“-Kooperative als einfacher Arbeiter. 1997 wurde er in den polnischen Senat gewählt. Als Mitglied des Sejm hatte er von 2001 – 2005 dessen stellvertretenden Vorsitz inne. Der Mitbegründer der Bürgerlichen Plattform, deren Vorsitzender er seit 2003 ist, war zudem Fraktionsvorsitzender von 2003 bis 2006. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Federica Mogherini

Seit Februar 2014 ist Mogherini (*1973), die erstmals 2008 in die Abgeordnetenkammer gewählt wurde, Außenministerin Italiens. Sie gehört der Regierungspartei Renzi, der Partito Democratico, seit deren Gründung in Führungspositionen an. Als Parlamentsmitglied führte sie die Delegation zur Parlamentarischen Versammlung der NATO an und war stv. Vorsitzende dessen Politischen Ausschusses. Die Politikwissenschaftlerin saß als Parlamentarierin im Verteidigungsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Auswärtige Angelegenheiten

Ukraine

Hintergrund

Am 15. August forderten die EU-Außenminister Russland auf, den Konflikt mit der Ukraine nicht weiter militärisch anzuhetzen und die Illegalität der Krimannexion einzugestehen. Vergangene Woche behauptete der ukrainische Staatschef Poroschenko, russische Soldaten befänden sich auf ukrainischem Territorium. Russland bestreitet den Einsatz russischer Soldaten zur Unterstützung der Separatisten. Kurz vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs am 30. August sprachen sich Deutschland, Frankreich und Italien für den Beschluss weiterer Sanktionen gegen Russland aus. Die baltischen Mitgliedsstaaten, Dänemark und die USA unterstützen den Vorstoß. Das wirtschaftlich eng mit Russland verflochtene Finnland äußert sich skeptisch.

Schlussbetrachtungen

Die Staats- und Regierungschefs sind von dem Einsatz russischer Soldaten auf ukrainischem Territorium überzeugt und beauftragten die Kommission, binnen einer Woche weitere Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu erarbeiten. Überdies werden Separatisten der Region Donbass der Sanktionsliste hinzugefügt und mit Reiseverboten und Kontosperrungen belegt.

Kommentar

Der Europäische Rat setzt weiter auf die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen und unterstützt damit den Vorstoß Zentraleuropas. Mit einem Beschluss operativer Handlungsanweisungen war nicht zu rechnen: Die EU koordiniert ihr weiteres Vorgehen eng mit der NATO, deren Gipfel am 4./5. September in Wales stattfindet. Die Verabschiedung konkreter Maßnahmen hätte die Diskussionen in Wales eingeschränkt. Die Meinungen innerhalb der EU zu militärischen Maßnahmen in der Ukraine gehen auseinander: Deutschland spricht sich klar gegen die Lieferung von Waffen in das Krisengebiet aus. Die östlichen Mitgliedsstaaten, insbesondere Litauen, befürworten die Lieferung. Der Ukraine-Konflikt deckt die Schwäche der europäischen Verteidigungs- und Si-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

EVA MAJEWSKI

ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

August 2014

cherheitspolitik auf: Es herrscht keine Einigkeit über die zukünftige militärpolitische Rolle der EU. Die verschärfte Situation in der Ukraine erhöht den Druck, diese Frage zu klären.

Irak

Hintergrund

Der Irak vereint die drei Bevölkerungsgruppen der Sunniten, Schiiten und Kurden. Die sunnitische Terrormiliz ISIS brachte Anfang Juni weite Teile des Nordiraks unter ihre Gewalt und stürzte das Land in einen Bürgerkrieg. Ziel der Terrormiliz ist die Errichtung eines islamischen Kalifats, das Teile des heutigen jordanischen, syrischen und irakischen Staatsgebiets umfassen soll. Die Folgen des ISIS-Kampfes für die Zivilbevölkerung des Iraks sind verheerend: Vertreibung und Gewalt gegen Minderheiten, wie die Christen, veranlassten die UN zur Einstufung der Krise in die höchste Notfallstufe. Frankreich, Italien, Großbritannien und die Tschechische Republik lieferten bereits Waffen an kurdische Eliten, um sie im Kampf gegen den ISIS-Terror zu unterstützen. Deutschland stellt humanitäre Hilfe, militärische Schutzausrüstung und panzerbrechende Waffen zur Verfügung.

Schlussfolgerungen

Der Europäische Rat betont die territoriale Integrität des Iraks und hält an seiner Einheit fest.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßen die US-Initiative einer Sicherheitskonferenz über die Situation im Irak sowie die Lieferung militärischen Materials einiger Mitgliedsstaaten. Der Rat fordert den Irak auf, eine alle Bevölkerungsgruppen repräsentierende Regierung zu bilden, um so eine politische Antwort auf die Gewalt im Land zu geben. Die Erstarkung der Terrorgruppen in der Region ist eine Gefahr für Europa. Die Einreise von Terroristen aus Europa in die Krisenregion muss verhindert werden. Der Ratsgipfel im Dezember soll dieses Thema ausführlich behandeln.

Kommentar

Eine Lösung der akuten Krise im Irak ist nicht in Sicht. Die USA lehnen einen militä-

rischen Eingriff in der Region ab. Eine Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der Nachbarländer könnte ein erster Schritt zur Stabilisierung der Region sein. Ein Zerfall des Iraks in drei autonome Staaten ist jedoch nur zu verhindern, wenn alle Bevölkerungsgruppen in der Zentralregierung angemessen repräsentiert sind. Dies erfordert innerstaatliche Reformen und die gerechte Verteilung des Erlöses aus dem Erdölhandel. Bislang konnte Europa den Strom europäischer Terroristen in die Krisenregion nicht stoppen. Kurzfristig kann eine strengere Überwachung der Ausreise Wirkung zeigen. Langfristig muss sich Europa fragen, warum junge Bürger seiner Mitgliedsstaaten keinen Platz in der europäischen Gesellschaft finden und den Weg in den Terrorismus einschlagen.

Gaza

Hintergrund

Nach 50 Tagen Krieg schlossen Israel und Palästina am 26. August Waffenruhe. Diese beinhaltet eine Öffnung des ägyptischen Grenzüberganges Rafah zur Lieferung von Hilfsgütern und Material zum Wiederaufbau des Gazastreifens. Im Verlauf des nächsten Monats verhandeln die beiden Konfliktparteien in Ägypten das weitere Vorgehen. Die Hamas fordert den Bau eines Hafens in Gaza sowie die Freilassung ihrer von Israel im Westjordanland festgenommenen Mitglieder. Israel besteht auf einer Demilitarisierung des Gazastreifens.

Schlussfolgerungen

Der Europäische Rat begrüßt die Waffenruhe und fordert eine Verbesserung der humanitären Situation der Palästinenser. Er betont seine Bereitschaft, die Palästinenser und Israelis auf ihrem Weg zu einer friedlichen Koexistenz im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung zu unterstützen.

Kommentar

Die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern gestalten sich durch die emotionale Aufladung nach diesem Krieg schwierig. Problematisch ist zudem das Fehlen eines palästinensischen Ansprechpartners: Die radikalislamische Hamas ist eine zersplitterte Gruppierung, die keine Kontrol-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

EVA MAJEWSKI

ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

August 2014

le über ihre Mitglieder hat. Lösungsansätze laufen so Gefahr, zwar die Zustimmung politischer Eliten zu finden, nicht aber den radikalislamischen Terror beenden zu können.

Libyen

Hintergrund

Im Sommer 2011 stürzten internationale Truppen den Diktator Gaddafi. Seitdem ringt das Land um eine demokratische Verfassung und eine stabile Regierung ohne den Bürgerkrieg beenden zu können. Blutige Straßenkämpfe zwischen Milizen ziehen das Land in eine Spirale der Gewalt, welche am 29.08. in eine Auflösung der Übergangsregierung unter Ministerpräsident Al-Thinni mündete.

Schlussfolgerungen

Der Europäische Rat fordert die Milizen auf,

den bewaffneten Kampf aufzugeben und Frieden zu schließen. Die Nachbarländer stehen in der Pflicht, die Unterbindung von Kampfhandlungen zu unterstützen und den demokratischen Wandel sowie die Einheit Libyens zu fördern. Die neue Verfassung muss die Rechte aller Gruppierungen schützen.

Kommentar

Während der arabischen Umbrüche im Jahr 2011 tätigte die internationale Staatengemeinschaft ihren einzigen militärischen Eingriff in Libyen. Mit der Befreiung von Diktator Gaddafi stand Libyen vor der Aufgabe, sein politisches System neu zu gestalten. Zivilgesellschaftliche Programme seitens der EU können diesen Prozess unterstützen. Ein erneuter militärischer Eingriff in Libyen wird derzeit nicht diskutiert.